Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht 2011

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen siebzehnten Rechenschaftsbericht.

Winterthur, den 28. Februar 2012

SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT
DES KANTONS ZÜRICH

Die Präsidentin	Der Generalsekretär
Dr. Alexia Heine	Dr. Robert Schnetzer

Inhalt

Berichtsjahr 2011

		Seite
1.	**Überblick**	**7**
1.1	Vergleich der Eingänge Berichtsjahr/Vorjahr	7
1.2	Interpretation und Prognose	7
	1.2.1 Eingänge	7
	1.2.2 Erledigungen	9
1.3	Prozessdauer	10
2.	**Plenum und Geschäftsleitung**	11
2.1	Mutationen	11
	2.1.1 Rücktritte altershalber	11
	2.1.2 Amtsantritte	11
2.2	Personelle Situation auf der Ebene Mitglieder und Ersatzmitglieder	11
	2.2.1 Ausfallkompensationen	11
	2.2.2 Anzahl Gerichtsschreiber/innen pro Richter/in	12
2.3	Organisation	12
3.	**Schulung und Weiterbildung**	**15**
4.	**Rechtsprechung**	**17**
5.	**Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte**	**19**
6.	**Personelles**	21
6.1	Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang	21
6.2	Belegschaft	21
7.	**Sachliche Zuständigkeit**	27
7.1	Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts	27
7.2	Zuständigkeit des Schiedsgerichts	28
8.	**Statistische Übersichten**	29
8.1	Sozialversicherungsgericht	29
8.2	Schiedsgericht	33
Abkürzungen		35

Berichtsjahr 2011

1. Überblick

Im Berichtsjahr sind insgesamt 2'528 Beschwerden und Klagen eingegangen, was einem Rückgang von 1.5 % gegenüber dem Vorjahr 2010 (2'567 Eingänge) entspricht. Erledigt wurden in derselben Zeit 2'699 Verfahren, 1.2 % weniger als im Vorjahr (2'731 Erledigungen). Auf das Ende des Berichtsjahres sanken die Pendenzen auf 2'529 Fälle. Dies entspricht einem Rückgang von 6.3 % gegenüber dem Vorjahr (2'700 Pendenzen). Seit dem zwischenzeitlichen Höchststand Ende 2008 (3'016 Fälle) konnten die Pendenzen innerhalb von drei Jahren um insgesamt gut 16 % reduziert werden.

1.1 Vergleich der Eingänge Berichtsjahr/Vorjahr

Zugenommen haben die Neueingänge insbesondere im Bereich der Invalidenversicherung von 1'250 auf 1'371 (+121 Fälle bzw. +9.7 %) sowie im Bereich der Krankenversicherung von 128 auf 142 Beschwerden (+14 Fälle bzw. +10.9 %). Abgenommen haben die Eingänge dagegen in den Bereichen der Arbeitslosenversicherung von 410 auf 310 (-100 Fälle bzw. –24.4 %), der Unfallversicherung von 385 auf 344 (-41 Fälle bzw. – 10.6 %) und der beruflichen Vorsorge von 108 auf 94 (-14 Fälle bzw. –13 %).
(vgl. Statistische Übersichten, S. 31 ff. des vorliegenden Berichts)

1.2 Interpretation und Prognose

1.2.1 Eingänge

Wird die Anzahl neu eingegangener Beschwerden und Klagen nicht nur im Vergleich zum Vorjahr 2010 betrachtet, sondern im Vergleich der letzten drei Jahre 2009 bis 2011, zeigt sich in Bezug auf die anzahlmässig ins Gewicht fallenden Rechtsgebiete kein klarer (ansteigender oder rückläufiger) Trend. So haben sich die Eingänge im Total bei gut 2'500 neuen Fällen pro Jahr eingependelt, im Bereich Alters- und Hinterlassenenversicherung bei rund 150 Fällen, im Bereich Arbeitslosenversicherung bei 350, in der beruflichen Vorsorge bei knapp 100 und in der Krankenversicherung bei 130 Fällen. Lediglich im Bereich der Invalidenversicherung ist die Anzahl Neueingänge von 2009 bis 2011 um 12.4 % von 1'219 auf 1'371 Fälle angestiegen, im Bereich der Unfallversicherung in derselben Zeit um 23.4 % von 449 auf 344 Fälle gesunken:

(Eingänge in den einzelnen Rechtsgebiete von 2009 bis 2011)

	2009	2010	2011	Ø
AHVG	160	138	136	145
AVIG	315	410	310	345
BVG	89	108	94	97
IVG	1'219	1'250	1'371	1'280
KVG	130	128	142	133
UVG	449	385	344	393
Weitere	131	148	131	137
Total	2'493	2'567	2'528	2'529

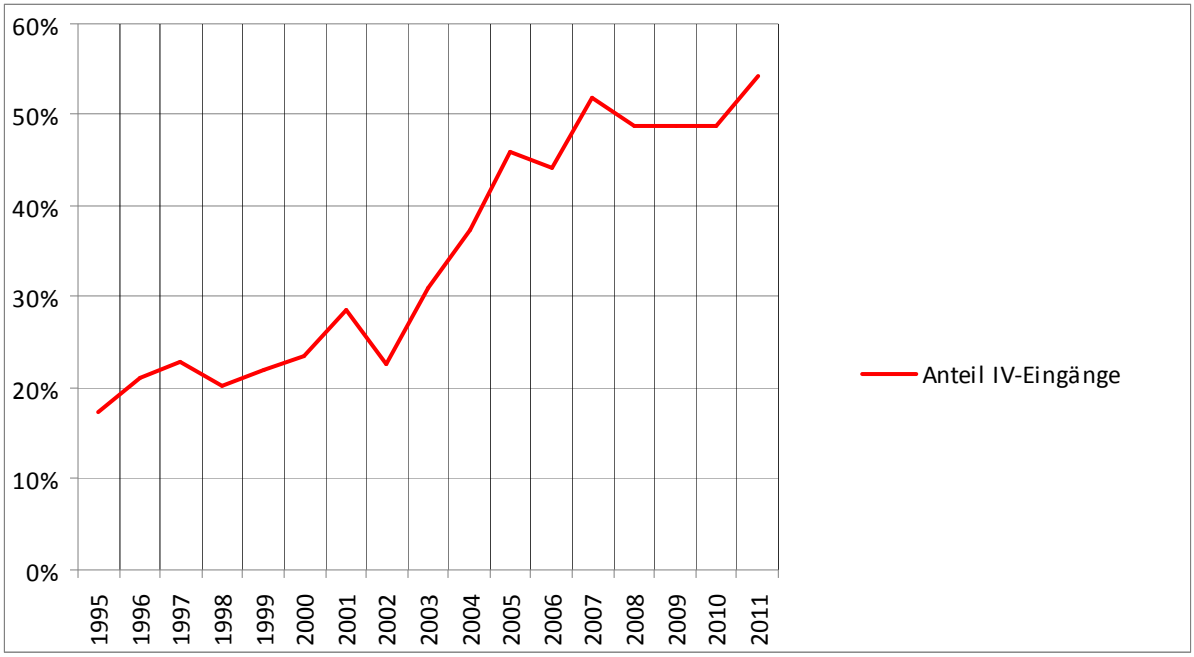
Um neben der vorstehenden Darstellung des blossen statistischen Verlaufs in absoluten Zahlen auch Aussagen hinsichtlich der Arbeitsbelastung des Gerichts machen zu können, muss ein weiterer ergänzender Wert beigezogen werden, nämlich der des prozentualen Anteils der Neueingänge in den einzelnen Rechtsgebieten am Gesamttotal der Eingänge. Hier zeigt sich beispielsweise, dass ein Anstieg in der Invalidenversicherung um absolut 12.4 % nicht mit dem Rückgang in der Unfallversicherung um 23.4 % kompensiert werden kann, da der IV-Anteil an den Gesamteingängen um ein drei- bis vierfaches höher liegt als in der Unfallversicherung:

(Prozentualer Anteil der Eingänge in den einzelnen Rechtsgebiete an den Gesamteingängen von 2009 bis 2011)

	2009	2010	2011	Ø
AHVG	6.4%	5.4%	5.4%	5.7%
AVIG	12.6%	16.0%	12.3%	13.6%
BVG	3.6%	4.2%	3.7%	3.8%
IVG	48.9%	48.7%	54.2%	50.6%
KVG	5.2%	5.0%	5.6%	5.3%
UVG	18.0%	15.0%	13.6%	15.5%
Weitere	5.3%	5.8%	5.2%	5.4%
Total	100%	100%	100%	100%

Der Rückgang von Unfallversicherungsfällen ist, wie bereits in früheren Berichtsjahren festgestellt wurde, nicht ohne Weiteres erklärbar, weil sich keine konjunkturellen, demographischen, gesellschafts- oder finanzpolitischen Indikatoren finden lassen, die Rückschlüsse auf die Anzahl geschehener Unfälle zulassen. Im Bereich der Invalidenversicherung hingegen, welche stets auch im Zentrum der politischen Diskussionen um die Sozialwerke steht, zeigt der Trend seit Jahren klar nach oben. Während der Anteil neuer IV-Eingänge an den Gesamteingängen 1995 noch 17.4 % betragen hatte, lag er im vergangenen Jahr bereits bei 54.2 %:

(Prozentualer Anteil der Eingänge im Bereich der Invalidenversicherung an den Gesamteingängen von 1995 bis 2011)

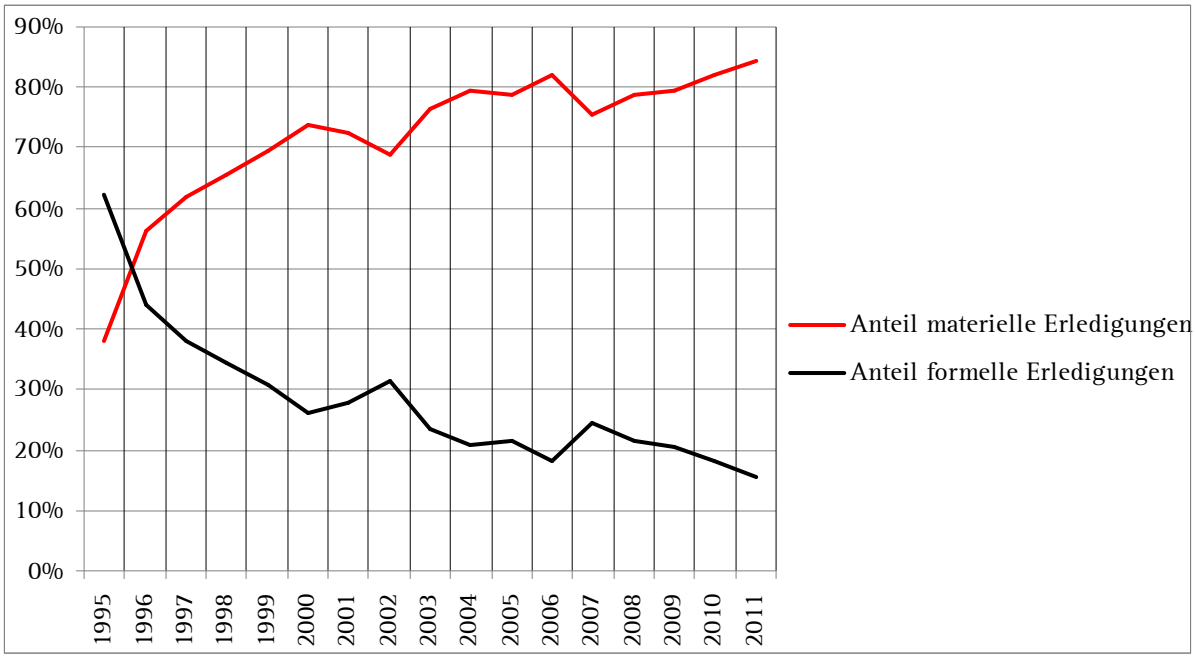


Infolge der per 1. Januar 2012 in Kraft getretenen 6. IV-Revision (Revision 6a, insbesondere betreffend Rentenüberprüfung) wird gesamtschweizerisch mit einer weiteren Zunahme von Gerichtsprozessen gerechnet, die nach unverbindlicher Einschätzung des Bundesamtes für Sozialversicherungen zwischen 10 % und 20 % betragen könnte. Sollten sich die künftigen Neueingänge in den übrigen Sozialversicherungsrechtsgebieten im bisherigen Mittel der letzten drei Jahre halten, müsste gestützt auf die erwähnte Prognose mit einem weiteren anteilsmässigen Anstieg der IV-Fälle in den kommenden drei Jahren auf gegen 60 % gerechnet werden.

1.2.2 Erledigungen

Nebst der erwarteten weiteren Zunahme der Neueingänge im Bereich der Invalidenversicherung, die angesichts der ohnehin schon angespannten Ressourcenlage besonders ins Gewicht fällt, kommt mit dem markanten Anstieg des Anteils materieller Erledigungen (bzw. dem Rückgang formeller Erledigungen) einem weiteren seit Jahren anhaltenden Trend mindestens ebensolche Bedeutung zu. Während der Anteil materieller Erledigungen (d.h. der Anteil begründeter Urteile bzw. Endentscheide) an den Gesamterledigungen im Jahre 1995 noch bei 38 % lag, stieg derselbe bis ins Berichtsjahr 2011 kontinuierlich auf 84 % an. Umgekehrt nahm der Anteil formeller Erledigungen (d.h. Abschreibungen wie beispielsweise Rückzüge, Vergleiche, Anerkennungen) von 62 % im Jahre 1995 auf 16 % im Jahre 2011 ab:

(Prozentualer Anteil materieller und formeller Erledigungen an den Gesamterledigungen 1995 bis 2011)



In Berücksichtigung des Umstandes, dass eine formelle Erledigung - je nach Umfang der bereits getätigten prozessleitenden Vorarbeiten – mit einem bedeutend geringeren Aufwand verbunden ist als eine materielle Erledigung, wird offensichtlich, dass die Arbeitsbelastung des Gerichts bereits schon infolge der oben visualisierten Verschiebung von formellen hin zu mehrheitlich materiellen Entscheiden markant angestiegen ist. Wird zudem in Betracht gezogen, dass die Fälle in praktisch sämtlichen Sozialversicherungsrechtsgebieten im Laufe der letzten Jahre zunehmend umfangreicher und komplexer geworden sind (was im Rahmen der jährlich stattfindenden Konferenz der kantonalen Sozialversicherungsgerichte übereinstimmend festgestellt wurde), gewinnt der laufende Anstieg des Anteils materieller Erledigungen in Bezug auf die Arbeitslast zusätzlich an Bedeutung.

1.3 Prozessdauer

Das Alter der im Berichtsjahr erledigten Fälle betrug im Zeitpunkt der Erledigung durchschnittlich 13.2 Monate, etwas weniger als im Vorjahr mit einem Erledigungsaltersdurchschnitt von 13.4 Monaten (vgl. auch die entsprechende Statistik auf S. 33 des vorliegenden Berichts). Die vergleichsweise bescheidene Senkung des Durchschnittsalters bei der Erledigung hängt, wie bereits in früheren Jahresberichten erläutert, ausschliesslich mit der chronologischen Abarbeitung der Pendenzen zusammen.

2. Plenum und Geschäftsleitung

2.1 Mutationen

2.1.1 Rücktritte altershalber

Rosanna Bürker-Pagani (CVP), Ersatzmitglied am Sozialversicherungsgericht seit 1. Januar 1995 und teilamtliches Mitglied seit 1. Mai 1998, ist per 30. September 2011 altershalber zurückgetreten. Rosetta Weibel-Fuchs (SP), Ersatzmitglied am Sozialversicherungsgericht seit 1. Januar 1995 und teilamtliches Mitglied seit 1. September 1996, ist per 31. Dezember 2011 altershalber zurückgetreten.

2.1.2 Amtsantritte

Wie bereits im Vorjahresbericht erwähnt, hat der Kantonsrat am 17. Januar 2011 Monika Tanner Imfeld zum Ersatzmitglied gewählt (Nachfolge der zum teilamtlichen Mitglied gewählten Edith Maurer Reiter). Sie hat ihr Amt per 1. Mai 2011 angetreten. Zur Nachfolgerin von Rosanna Bürker-Pagani, die per 30. September 2011 altershalber zurückgetreten ist, hat der Kantonsrat am 9. Januar 2012 Christa Arnold Gramigna (CVP) gewählt. Sie hat ihr Amt am 1. Februar 2012 angetreten.

2.2 Personelle Situation auf der Ebene Mitglieder und Ersatzmitglieder

2.2.1 Ausfallkompensationen

Auf der Ebene Mitglieder und Ersatzmitglieder waren im Berichtsjahr (und sind auch im laufenden Jahr 2012) mehrere Ausfälle zu verzeichnen, so die unter oben Ziff. 2.1.1 genannten Rücktritte altershalber mit entsprechenden Lücken bis zu den Nachfolgewahlen, drei Mutterschaftsurlaube mit anschliessenden unbezahlten Urlauben sowie zwei vorübergehende Vakanzen bei den Ersatzmitgliedern, da die bisherigen Funktionsinhaberinnen zu ordentlichen Mitgliedern gewählt worden sind. Insgesamt entsprechen diese Ausfälle rund 150 % einer vollen Jahresstelle. Die vom Kantonsrat im Frühjahr 2010 als Sofortmassnahme zur Senkung der Pendenzen bewilligten zwei Ersatzrichterstellen im Umfange von je 50 % konnten bzw. können faktisch somit nicht „zweckgebunden“ eingesetzt werden, sondern dienten sozusagen als Ausfallkompensation. Da selbst dies nicht ausreichte, mussten, soweit für weitere gewählte Ersatzmitglieder überhaupt möglich, deren Pensen erhöht werden. Dies wiederum führte zu Ausfällen auf der Ebene Gerichtsschreiber, da die Ersatzmitglieder überwiegend in der Doppelfunktion ‚Ersatzmitglied und Gerichtsschreiber’ tätig sind und deshalb im Umfang der Pensumserhöhung als Ersatzmitglieder das Pensum als Gerichtsschreiber reduzieren mussten.

Da es sich nebst dem finanziellen Aspekt alleine schon aufgrund des Einarbeitungsaufwandes nicht lohnt, vorübergehende Ausfälle mit befristeten Anstellungen aufzufangen, blieben bzw. bleiben am Ende dieser Kompensierungskaskade die Lücken bestehen, und zwar vor allem auf der Gerichtsschreiberebene.

2.2.2 Anzahl Gerichtsschreiber/innen pro Richter/in

Ein „positiver", aber auf diese Weise natürlich nicht beabsichtigter Nebeneffekt der oben erwähnten Ausfallkompensationen war, dass sich das zahlenmässige Verhältnis zwischen Richter/innen und Gerichtsschreiber/innen im Berichtsjahr um eine Nuance verschoben hat: Auf eine volle Richterstelle fielen durchschnittlich nicht mehr rund 330 % Gerichtsschreiberstellen wie im Vorjahr, sondern noch 310 %. Auch dieses geringfügig reduzierte Verhältnis ist immer noch weit jenseits des Verhältniswertes an anderen kantonalen Sozialversicherungsgerichten, der gemäss einer Erhebung für das Jahr 2010 gesamtschweizerisch bei durchschnittlich 186 % Gerichtsschreiberstellen pro Richterperson liegt. Dass das Zürcher Sozialversicherungsgericht angesichts der gemäss Gesetz über das Sozialversicherungsgericht auf 900 % beschränkten Richterstellen die jeweils jährlichen Belastungsschwankungen ausschliesslich über die Anzahl Gerichtsschreiberstellen austarieren kann und wegen der seit Jahren anhaltend hohen Geschäftslast derart exorbitante Verhältniswerte ausweist, hat zu einem gewissermassen konservierten Ausnahmezustand geführt, der allen Beteiligten auf die Dauer nicht zumutbare permanente Parforce-Leistungen abverlangt.

2.3 Organisation

Geschäftsleitung (1. Januar bis 30. Juni 2011)

Vorsitz	Mosimann Hans-Jakob, Präsident
Mitglieder	Heine Alexia, 1. Vizepräsidentin
	Grünig Christine, Vizepräsidentin
	Hurst Robert

Geschäftsleitung (1. Juli bis 31. Dezember 2011)

Vorsitz	Heine Alexia, Präsidentin
Mitglieder	Grünig Christine, 1. Vizepräsidentin
	Mosimann Hans-Jakob, Vizepräsident
	Hurst Robert

Zusammensetzung der Kammern

I. Kammer	Vorsitz	Grünig Christine, 1. Vizepräsidentin *(Vizepräsidentin bis 30. Juni 2011)*
	Mitglieder	Bürker-Pagani Rosanna *(bis 30. September 2011)*
		Maurer Reiter Edith
		Spitz Ueli
	Ersatzmitglied	Condamin-Voney Gertrud
II. Kammer	Vorsitz	Mosimann Hans-Jakob, Vizepräsident *(Gerichtspräsident bis 30. Juni 2011)*
	Mitglieder	Gräub Erich
		Käch Amsler Franziska
	Ersatzmitglieder	Romero-Käser Irene
		Tanner Imfeld Monika
III. Kammer	Vorsitz	Heine Alexia, Gerichtspräsidentin *(1. Vizepräsidentin bis 30. Juni 2011)*
	Mitglieder	Annaheim-Büttiker Esther
		Daubenmeyer Verena
	Ersatzmitglieder	Condamin-Voney Gertrud
		Peter Oliver
		Vogel Christian
IV. Kammer	Vorsitz	Engler Urs, Vizepräsident
	Mitglieder	Hurst Robert
		Weibel-Fuchs Rosetta *(bis 31. Dezember 2011)*
	Ersatzmitglied	Arnold Gramigna Christa

Angegliedertes Schiedsgericht

Leitendes Mitglied	Gräub Erich
Stellvertreter	Hurst Robert

3. Schulung und Weiterbildung

Im Rahmen von öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren sind von den insgesamt 75 am Gericht tätigen Juristinnen und Juristen im Berichtsjahr rund 50 Veranstaltungstage belegt worden (mit Kostenübernahme durch das Sozialversicherungsgericht sowie mit Anrechnung des entsprechenden individuellen Zeitaufwandes auf die Arbeitszeit).

Aus dem Weiterbildungsangebot der kantonalen Verwaltung wurden weitere 14 Veranstaltungstage zu Themen aus den Bereichen Führung, Verwaltungsorganisation und Administration besucht.

Die Richterinnen und Richter des Sozialversicherungsgerichts haben an zwei Weiterbildungstagen zum Themenbereich ‚Konfliktmanagement' (Referent André Angstmann, dipl. Psych. IAP) teilgenommen.

Zudem wurden im Berichtsjahr die folgenden internen Veranstaltungen mit externen Fachreferenten durchgeführt:

- Weiterbildung zum Thema ‚Rheuma und Bewegungsapparat in der Sozialversicherung' (Referent: Dr. med. Roland Rüdt, Chefarzt Rheumaklinik des Kantonsspitals Winterthur)

- Weiterbildung zum Thema ‚Staatsanwaltschaft und Sozialversicherungsbetrug' (Referent: Dr. Markus Hug, Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft II des Kantons Zürich)

- Weiterbildung zum Thema ‚Die medizinische Begutachtung im Sozialversicherungsverfahren: Jüngste Entwicklungen' (Referent: Prof. Dr. iur. Thomas Gächter, Ordinarius für Staats-, Verwaltungs- und Sozialversicherungsrecht an der Universität Zürich)

4. Rechtsprechung

Unter der Internet-Adresse www.sozialversicherungsgericht.zh.ch stehen sämtliche Kollegialgerichtsentscheide und die wesentlichen Einzelrichterentscheide des Sozialversicherungsgerichts ab Januar 2003 zur Verfügung. Frühere Entscheide (bis und mit 2002) können unter den entsprechenden spezifischen Angaben beim Sozialversicherungsgericht bestellt werden.

5. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte ist im Berichtsjahr zu folgenden Themen zur Stellungnahme bzw. zur Delegation von Abgeordneten eingeladen worden:

- Teilrevision Lohnsystem, Betriebskonzept Lohnsystemunterhalt für Richtpositionsbewertungen (Vorlage der Finanzdirektion)
- Leitfaden zum Aufbau eines internen Kontrollsystems (IKS) für die Rechnungslegung, Rechnungsführung, den Zahlungsverkehr sowie das Finanzcontrolling für den Kanton Zürich (Vorlage der Finanzdirektion)
- Statistikgesetz (Vorlage der Direktion der Justiz und des Innern)
- Regierungsratsbeschluss betreffend Änderungen bezüglich Löhne für Praktikantinnen und Praktikanten (Vorlage der Finanzdirektion)
- Archivkommission: Einladung zur Bestellung eines Vertreters der obersten kantonalen Gerichte gemäss § 26 der Archivverordnung (Vorlage der Direktion der Justiz und des Innern)
- Projekt „Rechnungswesenaufgaben zentralisieren (Raz)“ / Teilprojekt 4: Einladung zur Teilnahme am Projekt (Vorlage der Finanzdirektion)
- Steuerungsausschuss für die ASA-Koordinationsstelle (gemäss EKAS-Richtlinien über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit/ASA in den nach UVG versicherten Betrieben): Einladung zur Bestellung eines Delegierten der obersten kantonalen Gerichte (Vorlage der Finanzdirektion)

Der Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte hat im Rahmen der Anhörung der Rechtspflege gemäss § 56 Abs. 3 des Personalgesetzes der Änderung der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz (LS 177.111) zugestimmt, die infolge des am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess vom 10. Mai 2010 (GOG; LS 211.1) nötig geworden war.

Verwaltungskommission und Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte wurden bis 30. Juni 2011 präsidiert von Dr. Andreas Keiser, Präsident des Verwaltungsgerichts. Als Vizepräsident amtete bis zu diesem Zeitpunkt Dr. Hans-Jakob Mosimann, Präsident des Sozialversicherungsgerichts. Nach dem Rücktritt altershalber von Dr. Keiser Mitte 2011 hat Prof. Dr. Martin Zweifel per 1. Juli 2011 das Präsidium des Verwaltungsgerichts sowie der Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte übernommen. Gleichzeitig wechselte das Präsidium des Sozialversicherungsgerichts von Dr. Mosimann auf Dr. Alexia Heine, die damit das Vizepräsidium der Verwaltungskommission übernahm.

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts waren die folgenden Richterinnen und Richter:

In der Verwaltungskommission der Gerichte:

- Mosimann Hans-Jakob (bis 30. Juni 2011)
- Heine Alexia (ab 1. Juli 2011)

Im Plenarausschuss der Gerichte:

- Heine Alexia
- Grünig Christine
- Hurst Robert
- Mosimann Hans-Jakob
- Spitz Ueli

6. Personelles

6.1 Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

		Personen	in %		Personen	in %
Richter/innen Vollstellen: 8.79 (9.09)	Weiblich	8 (8)	61.5 (53)	Vollzeit	6 (6)	46 (40)
	Männlich	5 (7)	38.5 (47)	Teilzeit	7 (9)	54 (60)
	Total	13 (15)	100	Total	13 (15)	100
Ersatzrichter/innen Einsatz im Umfang von 3.25 (2.12) Vollstellen	Weiblich	4 (4)	50 (67)	Vollzeit	0 (0)	0 (0)
	Männlich	4 (2)	50 (33)	Teilzeit	8 (6)	100 (100)
	Total	8 (6)	100	Total	8 (6)	100
Juristisches Sekretariat[1)] Vollstellen: 43.88 (43.15)	Weiblich	36 (32)	59 (57)	Vollzeit[4)]	33 (30)	54 (54)
	Männlich	25 (24)	41 (43)	Teilzeit	28 (26)	46 (46)
	Total	61 (56)	100	Total	61 (56)	100
Administrative Kanzlei Vollstellen: 10.07 (9.88)	Weiblich	13 (13)	87 (87)	Vollzeit[4)]	9 (9)	60 (60)
	Männlich	2 (2)	13 (13)	Teilzeit	6 (6)	40 (40)
	Total	15 (15)	100	Total	15 (15)	100
Gesamt[2)] Vollstellen[3)]: 62.74 (62.12)	Weiblich	59 (54)	65 (62)	Vollzeit[4)]	48 (45)	53 (52)
	Männlich	32 (33)	35 (38)	Teilzeit	43 (42)	47 (48)
	Total	91 (87)	100	Total	91 (87)	100

[1)] *Inkl. Stabsmitarbeitende*

[2)] *6 Personen waren gleichzeitig in mehreren Funktionen eingesetzt und sind deshalb im Gesamttotal nur ein Mal mitgezählt*

[3)] *exkl. Ersatzrichter/innen*

[4)] *Mitarbeitende mit einem Beschäftigungsgrad von 90 % werden analog zur kantonalen Personalstatistik als Vollzeitbeschäftigte ausgewiesen (zur Zeit 5 Mitarbeitende)*

6.2 Belegschaft

- **Richterinnen und Richter**

  Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

  - Annaheim-Büttiker Esther, Dr. iur.
  - Bürker-Pagani Rosanna, lic. iur. *(Rücktritt altershalber per 30. September 2011)*
  - Daubenmeyer Verena, lic. iur.
  - Engler Urs, lic. iur.

- Gräub Erich, lic. iur.
- Grünig Christine, lic. iur.
- Heine Alexia, Dr. iur.
- Hurst Robert, Dr. iur.
- Käch Amsler Franziska, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.
- Mosimann Hans-Jakob, Dr. iur.
- Spitz Ueli, lic. iur.
- Weibel-Fuchs Rosetta, lic. iur. *(Rücktritt altershalber per 31. Dezember 2011)*

Ersatzmitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Peter Oliver, lic. iur.
- Romero-Käser Irene, lic. iur.
- Tanner Imfeld, Monika, lic. iur. *(auf Vorschlag des Sozialversicherungsgerichts)*
- Vogel Christian, lic. iur.

Ersatzmitglieder, gewählt vom Sozialversicherungsgericht für die Amtsdauer 2007 bis 2013:

- Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.

- **Generalsekretariat**

Generalsekretär:

- Schnetzer Robert, Dr. iur.

Stellvertretende Generalsekretärin:

- Palffy Stefanie, lic. iur.

Adjunkt/Rechnungsführer/EDV-Koordinator:

- Rüegg Dieter, lic. rer. publ.

Bereichsverantwortlicher EDV-Applikationen:

- Ernst Jörg, lic. iur.

EDV-Support:

- Gligic Michael, Informatiker

Wissenschaftliche Dokumentation/Bibliothek:

- Büchel Harald, lic. iur., NDS IuD

- **Kammersekretariate**
  - Fehr Pascale, lic. iur.
  - Klemmt Yves-Alain, lic. iur. * *(Funktionswechsel)*
  - Möckli Walter, lic. iur.
  - Sonderegger Stefan, lic. iur. * *(Funktionswechsel)*
  - Tanner Imfeld Monika, lic. iur. ** *(Funktionswechsel)*

- **Juristisches Sekretariat**
  - Bachmann Yvonne, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur.
  - Bänninger Schäppi Franziska, lic. iur.
  - Berchtold Eichenberger Regula, lic. iur.
  - Brügger Felix, lic. iur.
  - Brugger Markus, lic. iur.
  - Brühwiler Patrick, lic. iur. *
  - Buchter Tanya, lic. iur. *
  - Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
  - Ernst Jörg, lic. iur.
  - Fischer Antonia, lic. iur.
  - Fraefel Thomas, Dr. iur.
  - Frick Karin, lic. iur. **
  - Gasser Küffer Birgit, lic. iur.
  - Grieder-Martens Annette, lic. iur.
  - Häny Iris, lic. iur.
  - Hartmann Irène, lic. iur.

- Hertli-Wanner Corinne, lic. iur. *
- Hiller Katja, lic. iur. *
- Huber Franziska, lic. iur. **
- Hübscher Reto, lic. iur.
- Klemmt Yves-Alain, lic. iur. ** *(Funktionswechsel)*
- Kobel Barbara, lic. iur.
- Kraus Ulrike, lic. iur. **
- Kübler-Zillig Judith, lic. iur.
- Lienhard Stefanie, lic. iur.
- Meier-Wiesner Claudia, lic. iur.
- Meili Sandra, lic. iur.
- Neuenschwander-Erni Corinne, lic. iur.
- Onyetube Jin-Eve, lic. iur.
- Paradiso Pasquale, lic. iur.
- Peter Oliver, lic. iur. * *(Funktionswechsel)*
- Philipp Regula, lic. iur.
- Rangoni-Bertini Aliouhane, lic. iur. *
- Röllin Andrea, Dr. iur.
- Rubeli Yves, lic. iur.
- Rümbeli Nora Vanessa, lic. iur. *
- Ryf Susanne, lic. iur.
- Sager Rahel, lic. iur.
- Schetty Alain, lic. iur.
- Schucan Claudia, lic. iur. *
- Siki Eva, Dr. iur. des. *
- Sonderegger Stefan, lic. iur. ** *(Funktionswechsel)*
- Steiner Andrea, lic. iur. *
- Stocker Werner, Dr. iur.
- Tanner Imfeld Monika, lic. iur. * *(Funktionswechsel)*
- Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
- Trüssel Andrea, lic. iur. **

- Vogel Christian, lic. iur.
- Volz Melchior, lic. iur.
- Von Streng Kitty, Dr. iur.
- Wiedemeier Myrta, lic. iur. */**
- Wilhelm Georg, lic. iur.
- Wyler Fabian, lic. iur.

- **Administrative Kanzlei**
  - Bassi Jeanette
  - Beerli Monika
  - Di Nucci Giovanna
  - Dopp Ilse-Maria
  - Felix Pascal, Lernender/KV * *(1. Lehrjahr)*
  - Kägi Stefan, Lernender/KV ** *(1. Lehrjahr)*
  - Klauser Iris
  - Liggenstorfer Angelika
  - Marty Jrene
  - Muralt Susanne
  - Pandzic Mirjana
  - Picone Monika
  - Schweizer Brigitte
  - Sprenger Erika
  - Vetterli Maja

(*) Eintritt im Laufe des Berichtsjahres (ab 1. Januar 2011)

(**) Austritt im Laufe des Berichtsjahres (bis 31. Dezember 2011)

7. Sachliche Zuständigkeit

7.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts

Soweit das Bundesrecht vorschreibt, dass Beschwerden aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts durch ein kantonales Versicherungsgericht beurteilt werden, ist hierfür das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz zuständig (vgl. §§ 2 ff. des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht). Dies gilt insbesondere für Beschwerden nach Art. 56 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Verbindung mit den Bundesgesetzen über

- die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- die Invalidenversicherung (IVG)
- die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)
- die Krankenversicherung (KVG)
- die Unfallversicherung (UVG)
- die Militärversicherung (MVG)
- den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG)
- die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)
- die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)
- die Familienzulagen (FamZG)

Im Weiteren ist das Sozialversicherungsgericht, soweit es das Bundesrecht vorschreibt oder zulässt, als einzige Gerichtsinstanz zuständig für:

- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89^{bis} Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 142 ZGB in Verbindung mit Art. 25 a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Klagen über Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung im Sinne von Art. 7 ZPO

- Beschwerden betreffend Entschädigung und Genugtuung nach Art. 17 des Opferhilfegesetzes (OHG) sowie Beschwerden betreffend materielle Soforthilfe und Übernahme weiterer Kosten im Sinne von Art. 3 des Gesetzes
- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemeindezuschüsse nach §§ 13 und 20 des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Beschwerden betreffend Kinderzulagen nach § 171a des Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft
- Beschwerden gemäss Art. 65 KVG sowie gemäss § 26 EG KVG

7.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

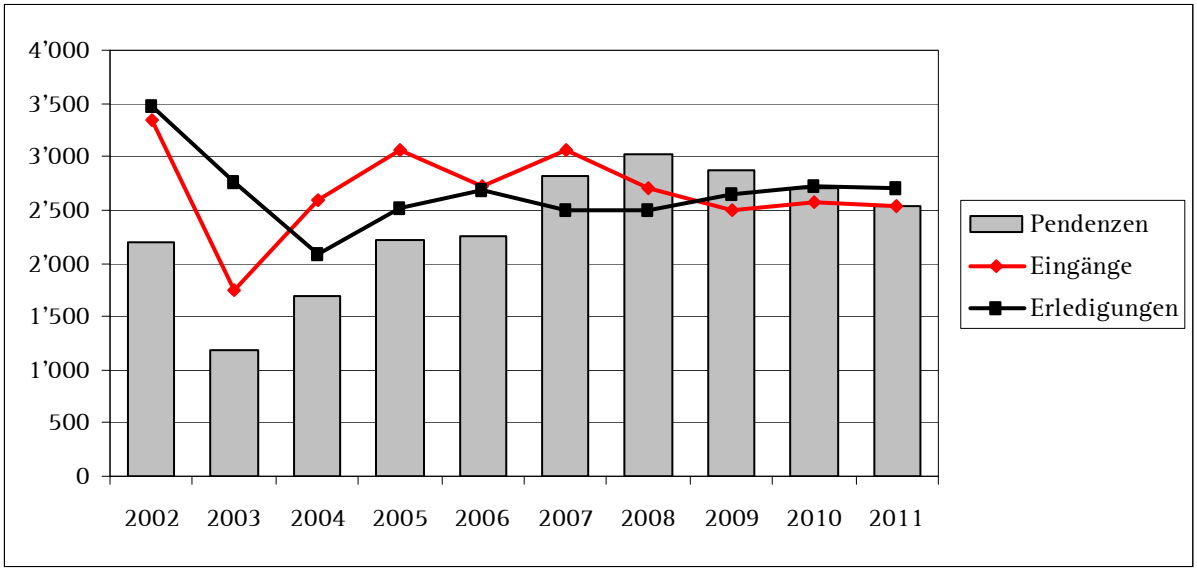
Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht beurteilt gemäss § 35 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG), Art. 26 Abs. 4 und Art. 27^{bis} des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG).

8. Statistische Übersichten

8.1 Sozialversicherungsgericht

- **Bestand (Eingänge, Erledigungen und Pendenzen)**

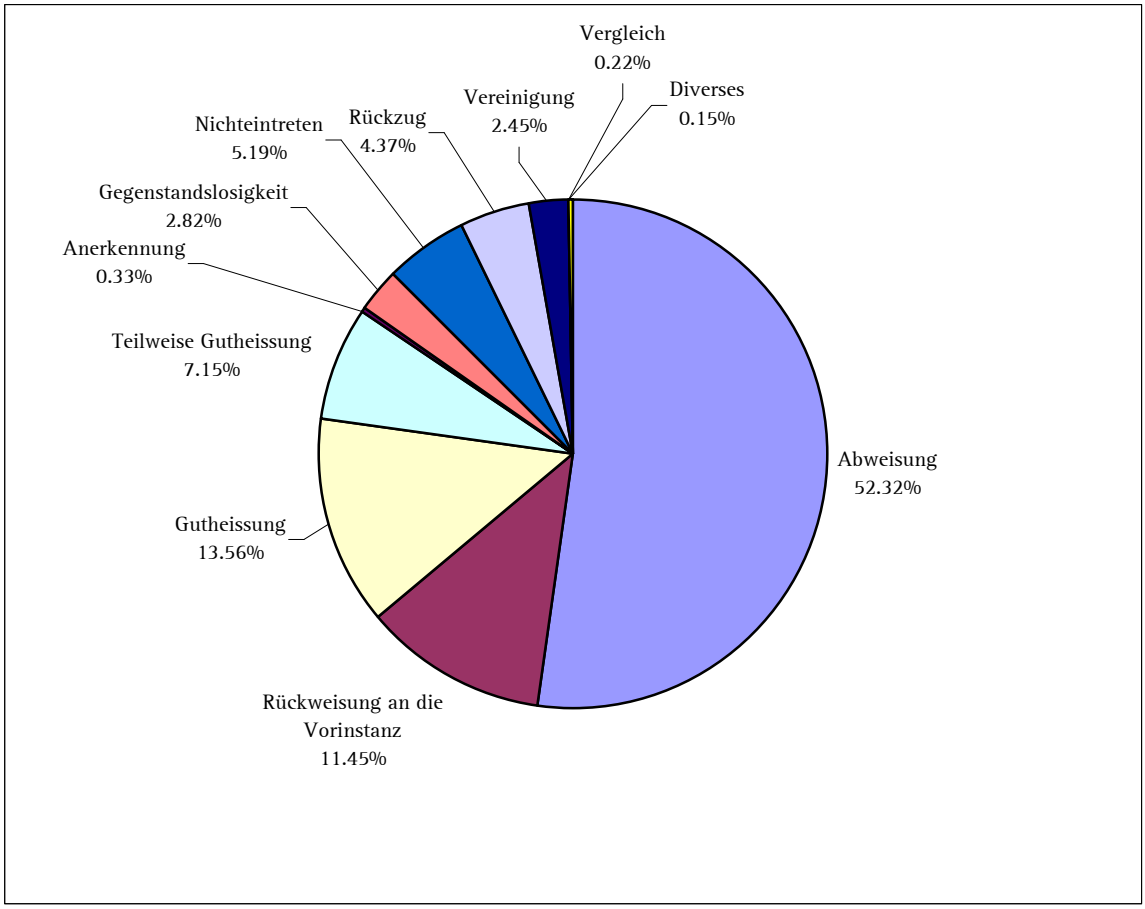
	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHVG (ohne Schadenersatz)	77	85	93	69
AHVG (Schadenersatz)	46	51	59	38
AVIG	335	310	390	255
BVG	110	94	107	97
EOG	2	5	3	4
IVG	1'367	1'371	1'365	1'373
KVG	131	142	121	152
MVG	4	2	5	1
OHG	18	7	11	14
UVG	482	344	421	405
ZL	118	107	114	111
Übrige	10	10	10	10
2011	**2'700**	**2'528**	**2'699**	**2'529**
2010	2'864	2'567	2'731	2'700
Differenz		- 1.5%	- 1.2%	- 6.3%



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Eingänge	3'335	1'751	2'585	3'054	2'715	3'061	2'702	2'493	2'567	2'528
Erledigungen	3'473	2'767	2'084	2'523	2'678	2'503	2'494	2'645	2'731	2'699
Pendenzen	2'197	1'181	1'682	2'213	2'250	2'808	3'016	2'864	2'700	2'529

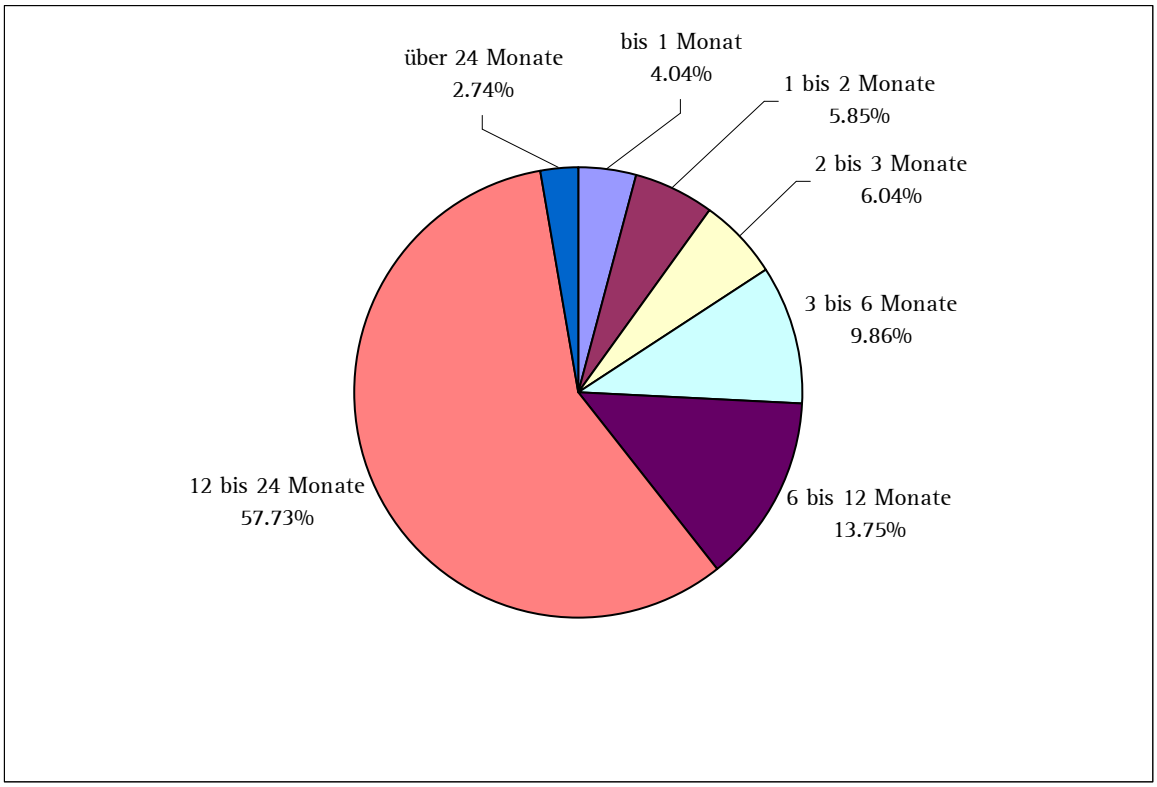
- **Erledigungsart**

	Abweisung	Rück-weisung	Gut-heissung	Teilw. Gut-heissung	Aner-kennung	Gegen-standslos	Nicht-eintreten	Rückzug	Vereini-gung	Vergleich	Diverses	Total
AHVG (ohne SE)	32	11	12	10	0	10	7	9	2	0	0	93
AHVG (SE)	25	4	7	6	0	2	2	1	11	0	1	59
AVIG	238	17	58	30	0	8	23	10	6	0	0	390
BVG	31	0	27	15	6	6	11	7	2	2	0	107
EOG	0	0	2	0	0	0	1	0	0	0	0	3
IVG	681	220	197	76	0	38	57	64	31	0	1	1'365
KVG	38	3	21	19	3	9	12	10	2	3	1	121
MVG	2	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	5
OHG	3	1	1	6	0	0	0	0	0	0	0	11
UVG	308	33	21	15	0	3	12	17	10	1	1	421
ZL	48	18	17	16	0	0	13	0	2	0	0	114
Übrige	6	1	2	0	0	0	1	0	0	0	0	10
2011	**1'412**	**309**	**366**	**193**	**9**	**76**	**140**	**118**	**66**	**6**	**4**	**2'699**
2010	1'388	410	240	200	8	97	167	143	59	17	2	2'731



Verfahrensdauer (in Monaten)

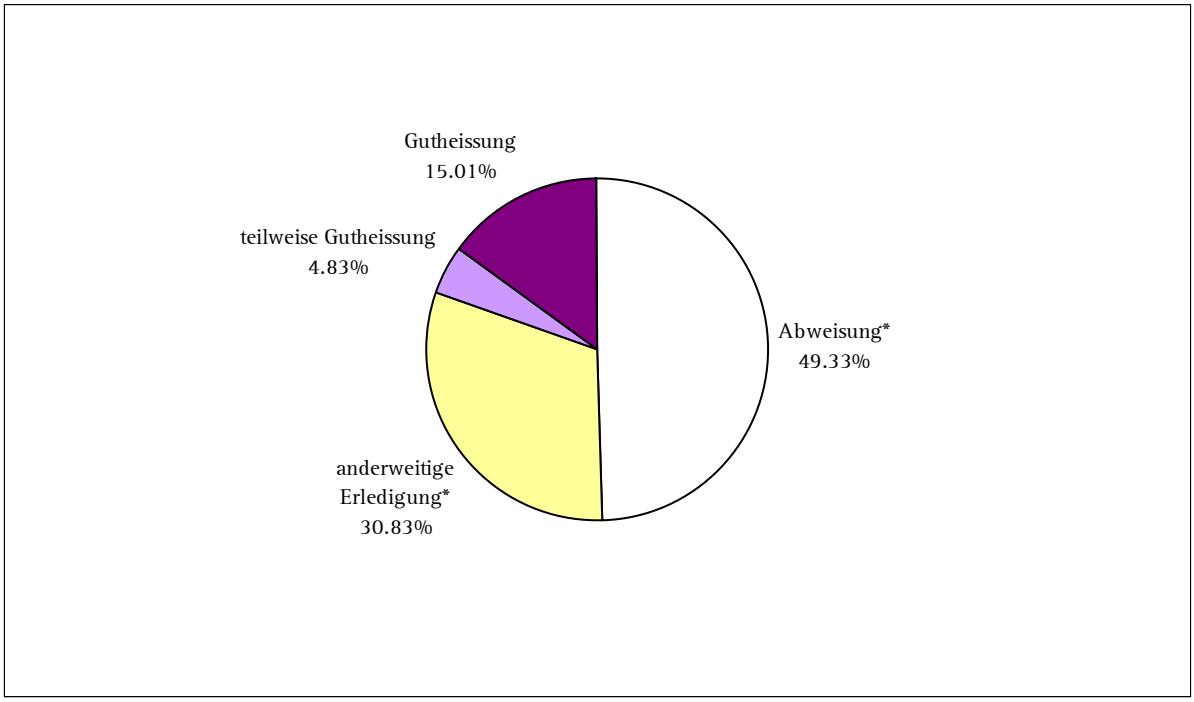
	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	9	11	9	10	10	42	2	93
AHVG (Schadenersatz)	4	6	7	7	6	27	2	59
AVIG	14	37	28	46	74	187	4	390
BVG	9	5	3	17	14	51	8	107
EOG	1	0	0	0	0	2	0	3
IVG	44	65	85	146	203	793	29	1'365
KVG	5	14	11	11	13	63	4	121
MVG	1	0	0	0	3	1	0	5
OHG	0	0	1	0	2	8	0	11
UVG	13	9	13	20	39	307	20	421
ZL	9	10	4	8	7	71	5	114
Übrige	0	1	2	1	0	6	0	10
2011	**109**	**158**	**163**	**266**	**371**	**1'558**	**74**	**2'699**
2010	146	196	143	241	269	1'652	84	2'731



- **Vom Bundesgericht (sozialrechtliche Abteilungen) erledigte Prozesse**

	Abweisung	Anderweitige Erledigung	Teilweise Gutheissung	Gutheissung	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	3	5	0	0	8
AHVG (Schadenersatz)	1	6	1	0	8
AVIG	14	21	1	2	38
BVG	9	5	0	5	19
EOG	1	0	0	0	1
IVG	92	37	8	25	162
KVG	2	5	0	0	7
MVG	1	3	0	0	4
OHG*	0	0	1	3	4
UVG	56	24	6	20	106
ZL	3	7	0	1	11
Übrige	2	2	1	0	5
2011	**184**	**115**	**18**	**56**	**373**
2010	**190**	**101**	**35**	**56**	**382**

* Vom Bundesgericht in Lausanne erledigte Prozesse



* Insgesamt wurden 80.16% der an das Bundesgericht weitergezogenen Entscheide des Sozialversicherungsgerichts bestätigt

8.2 Schiedsgericht

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
2011	**15**	**5**	**6**	**14**
2010	22	1	8	15

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheissung	Teilweis Gut-heissung	Anerkennung	Gegenstands-losigkeit	Nichteintreten	Rückzug	Vereinigung	Vergleich	Diverses	Total
2011	**1**	**2**	**2**	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**6**
2010	0	0	0	1	0	1	4	0	2	0	8

- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
2011	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1**	**5**	**6**
2010	1	0	1	0	2	3	1	8

Abkürzungen

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
ELG	Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
EOG	Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft
FamZG	Bundesgesetz über die Familienzulagen
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht
GOG	Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten (Opferhilfegesetz)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen
ZPO	Bundesgesetz über die Schweizerische Zivilprozessordnung